



NIEDERSACHSEN vorwärts

MÄRZ 2012 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

seit dem Parteitag in Oldenburg ist es so richtig losgegangen. Ich komme viel herum und werde überall sehr freundlich aufgenommen. Herzlichen Dank dafür! Die Stimmung ist gut und die Partei gut drauf. Alle spüren: Ein Regierungswechsel bei den Landtagswahlen in 10 Monaten ist möglich.

Natürlich passt dazu auch die Lage der politischen Konkurrenz. Die Affären um Christian Wulff haben die niedersächsische CDU ins Mark getroffen, er hat wie kein anderer diese Partei geprägt. Und noch schlimmer: Mag Wulff auch weg sein, die Probleme sind geblieben. Fragt doch einmal bei Eurer örtlichen CDU, was es mit dem Club 2013 auf sich hat. Parteispenden gegen einen exklusiven Zugang zu Regierungsmitgliedern, müsste die ehrliche Antwort lauten.

Damit müssen wir Schluss machen, Niedersachsen braucht wieder saubere Verhältnisse. Nicht der schlechteste Grund, für einen Politikwechsel in Niedersachsen zu kämpfen, oder?

Euer

Stephan Weil
Landesvorsitzender

SPD NIEDERSACHSEN STARTET ZUKUNFTSDIALOG

Elf Monate vor der Landtagswahl am 20. Januar 2013 hat die SPD Niedersachsen ihren Zukunftsdialog mit Bürgerinnen und Bürgern und den Entscheidern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Institutionen und den SPD-Mitgliedern begonnen. Einstimmig verabschiedete hierzu das Präsidium des Landesvorstandes das Dialogpapier zur zukünftigen Wirtschaftspolitik – verbunden mit der Einladung zu einer aktiven Teilnahme am Diskussionsprozess.

»Wir haben tausende Niedersachsen angeschrieben und um Mitarbeit gebeten. Im Internet und natürlich auch über Briefe und in Veranstaltungen wollen wir einen offenen Dialog über die Zukunft Niedersachsens führen. Alle sind herzlich eingeladen, sich zu beteiligen«, erläutert SPD-Landesgeschäftsführer Michael Rüter. Die Ergebnisse sollen dokumentiert, gebündelt und letztlich in das Regierungsprogramm der niedersächsischen SPD einfließen.

Für den SPD-Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Stephan Weil ist das Dialogpapier Wirtschaft die entscheidende Grundlage für eine zukunftsorientierte, langfristig angelegte Politik. Weil: »Wir brauchen diesen Dialog, um die Weichen über den Wahltag hinaus zu stellen und Niedersachsen als Arbeits- und Lebensstandort zukunftsfähig zu machen. Die schwarz-gelbe Landesregierung macht Politik an den Menschen vorbei und hat deshalb keine Vorstellung von der Zukunft des Landes. Wir wollen und wir werden das besser machen.«

Unter dem Titel »Stärker werden – menschlich bleiben« benennt das Papier die sozialdemokratischen Leitlinien – insbesondere bei den Märkten der Zukunft, der Vernetzung von Bildung und Arbeit und einer aktiv gestaltenden Wirtschaftspolitik.

An den fünf Leitmärkten Mobilität, Energie-, Maritim-, Gesundheits- und Ernährungswirtschaft soll sich nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten auch eine künftige Strukturpolitik orientieren – da sich gerade in diesen Fel-



dem auch die niedersächsischen Kompetenzen wiederfinden.

Eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Wirtschaftspolitik wird, so Stephan Weil, allerdings nur durch die Konzentration auf das Wesentliche gelingen – nämlich einer qualitativen Verbesserung des Bildungssystems mit hoher Durchlässigkeit und einer gerechten Arbeitsmarktpolitik, der Einführung von flächendeckenden Mindestlöhnen und einer Wirtschaftsförderung, die an tarifliche und soziale Standards gebunden ist. ■

Die Anregungen und Impulse zum Wirtschaftspapier können bis Mitte Juli direkt im Internet www.spdlink.de/wirtschaft oder per E-Mail an wirtschaft@spd.de oder per Brief an den SPD-Landesverband »Dialogpapier Wirtschaft«, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover gesandt werden.

MEHRAUF SEITE 3

Orientiert sich an den
Bedürfnissen der Menschen:
Die Wirtschaftspolitik
der SPD.

Foto: Shutterstock

TERMIN

schon jetzt fest vormerken:
III. Kommunalkongress der
SPD Niedersachsen
Samstag, 9. Juni 2012
10.00–14.00 Uhr
in Hannover

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL – Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)

KAMPF FÜR DAS VW-GESETZ

Am Rande des Termins in Straßburg traf Stephan Weil den Präsidenten des Europäischen Parlamentes, den Sozialdemokraten Martin Schulz.

Foto: EU-Parlament



»Das VW-Gesetz ist gut für Niedersachsen, es ist gut für den Wirtschaftsstandort Deutschland und es ist gut für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von VW in Europa. Das VW-Gesetz muss bleiben«, sagte Stephan Weil schon im Dezember 2011 bei der Einbringung einer Resolution des SPD-Bundesparteitages zum Erhalt des VW-Gesetzes. Die EU-Kommission will das VW-Gesetz zu Fall bringen, weil es angeblich den freien Kapitalverkehr behindert. Aus Sicht der SPD ist aber klar:

Durch die Sperrminorität des Landes Niedersachsen und die erweiterte Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei VW sind Arbeitsplätze geschaffen und in Krisenzeiten gesichert worden. Daher machte sich der SPD-Landesvorsitzende in seiner Funktion als Oberbürgermeister der Stadt Hannover mit seinen zwei sozialdemokratischen Bürgermeisterkollegen Klaus Mohrs (Wolfsburg) und Manfred Schaub (Bau-natal) Mitte Februar auf den Weg nach

Straßburg, um beim zuständigen EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier für den Erhalt des VW-Gesetzes in der bestehenden Form zu werben. Aus Sicht der Sozialdemokraten ist der Angriff auf das VW-Gesetz ein Angriff auf die Arbeitnehmerinteressen bei VW, der die Stabilität und Prosperität des Unternehmens und der Arbeitsplätze gefährdet. »Die EU-Kommission setzt falsche Prioritäten und hat aus der neoliberalen Wirtschafts- und Finanzkrise offenbar nichts gelernt«, so Weil. Dabei geht es um viele Tausend Arbeitsplätze: 49.000 in Wolfsburg, 12.500 in Hannover und 13.500 in Baunatal. Das sechs- bis achtfache an Arbeitsplätzen hängt in den Regionen an der Stärke von VW. »Nicht trotz, sondern wegen des VW-Gesetzes ist Volkswagen ein prosperierendes Unternehmen und auf dem Weg zum Automobilkonzern Nummer eins mit überragender Bedeutung für Niedersachsen und ganz Deutschland. Die Konsequenz aus dem Erfolg von VW muss lauten: Mehr Mitbestimmung und Einflussnahme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Unternehmen und nicht weniger«, fordert Weil. ■



Kurt-Peter Christophersen ist ein erfahrener Schreiber und Niedersachsen-Kenner. Er wirft regelmäßig einen satirischen Blick auf die Landespolitik.

Das hätte sein Vorgänger Christian Wulff nie fertig gebracht: Für 185 Christdemokratinnen und Christdemokraten in einem Dorfsaal die Getränke zu bezahlen. Aber der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister hat kein Problem damit, Lokalrunden zu schmeißen. Erst recht, wenn es etwas zu feiern gibt. 100 Prozent der erschienenen CDU-Leute aus dem Kreis Cuxhaven schicken McAllister wieder als Direktkandidaten im Wahlkreis Hadeln-Wesermünde in die nächste Landtagswahl. »Ab sofort alle Getränke auf David McAllister«, verkündet er. Wirklich großzügig, es sei denn, »Bild« findet heraus,

er habe die Zeche mit der Kreditkarte eines CDU-Freundes aus dem »Club 2013« bezahlt. Der wird fälschlicherweise als Spendenverein für die CDU bezeichnet, ist er aber nicht. Finanzminister Hartmut Möllring sagt: »Wir besichtigen Unternehmen, trinken ein Bier und tauschen uns aus. Das muss möglich sein, dagegen gibt es aus meiner Sicht überhaupt nichts einzuwenden. Im Gegenteil: Es ist notwendig.«

»Club 2013« hin oder her, festzuhalten bleibt, dass David McAllister sich mit seinen politischen Freundinnen und Freunden im Gasthaus »Stockfisch« in einem Dorf namens Moorausmoor (180 Einwohner) trifft, statt beim Nord-Süd-Dialog mit allerlei Schickimickis zu posieren. Na klar, »small is beautiful«, das ist die Devise. Schließlich muss sich der Ministerpräsident bei der Landtagswahl 2013 gegen den SPD-Herausforderer Stephan Weil wehren, der als gestandener Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover mit 520 000 Einwohnern freie

Stadtluft mitbringt. Da macht es sich gut, wenn der amtierende Regierungschef die wahre Stärke der CDU auf dem Land und Freibier für alle in Moorausmoor ausruft.

Tatsächlich liegt McAllister im Trend. Die Uni Heilbronn will ermittelt haben, dass 73 Prozent der Deutschen sich die Rückkehr zur Kleinteiligkeit der Autokennzeichen wünscht. Dann wird es auf Deutschlands Straßen von Autonummern wimmeln, die die meisten Älteren vergessen und die Jüngeren nie kennengelernt haben. ALF (Alfeld, jetzt HI/Hildesheim) oder HMÜ (Hann. Münden, jetzt GÖ/Göttingen), oder JEV (Jever, jetzt FRI/Friesland) oder OTT (Otterndorf/jetzt CUX/Cuxhaven). Während der niedersächsische Verkehrsminister Jörg Bode von der FDP schon die Freiheit der Autoschilder feiert, warnt der Niedersächsische Landkreistag vor politischen Schildbürgerstreichen, die nur neue Probleme verursachen.

Das ist natürlich ebenso Quatsch wie dieses Gerede von Metropolregionen. Wenn jeder brav im Dorf bleibt, brauchen wir keine Bundesstraßen, Auto- und Regionalbahnen. Höchstens noch hier und da mal einen neuen Fahrrad- oder einen Wirtschaftsweg, damit die Autos mit OTT, HMÜ oder ALF bewegt werden können. Und Moorausmoor grüßt fröhlich den »Rest der Welt«.

Die Bayern dagegen denken gar nicht daran, den Rest der Welt zu grüßen. Bei ihnen heißt es »Grüß Gott«. Gnade dem Norddeutschen, der antwortet: »Werde ich ausrichten«. Auch wer leise »Tschüss« zum Abschied sagt, kriegt im Süden eins auf die Rübe. Vor Jahren erklärte ein Dialektpfleger in Oberbayern sein Dorf zur »Tschüss-freien-Zone«. In diesen Tagen zog eine Schullektorin in Passau nach und bestimmte ihre Bildungsstätte zur »Hallo-und tschüss-freien Zone«. Ein fröhliches »Hallo« gegenüber Autoritätspersonen sei respektlos, im Gegensatz zum »Grüß Gott«. Und »Tschüss tut richtig in den Ohren weh«, findet die Pädagogin in Passau, Autokennzeichen PA. Dann doch lieber MOR in Moorausmoor. ■

Kurt-Peter Christophersen

DIALOGPAPIER 1 DER SPD NIEDERSACHSEN

STÄRKER WERDEN, MENSCHLICH BLEIBEN.

ECKPUNKTE FÜR EINE ZUKÜNFTIGE WIRTSCHAFTSPOLITIK IN NIEDERSACHSEN.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Niedersachsen geht es bei der Wirtschaftspolitik ums Wesentliche: Bildung, Arbeit und die Gestaltung der Zukunftsmärkte. Unsere Volkswirtschaft braucht Wirtschaftswachstum, damit wir die sozialen Sicherungssysteme und die notwendige ökologische Modernisierung finanzieren können. Wie aber soll das Wirtschaftswachstum aussehen? Welche Schwerpunkte müssen wir nach dem Regierungswechsel 2013 setzen, was muss verändert werden? Darüber möchten wir mit euch und Ihnen unter spmlink.de/wirtschaft folgende Themen diskutieren und Anregungen aufnehmen. Unsere Leitfragen sollen dabei helfen, die Diskussion zu strukturieren und das Augenmerk auf wesentliche Herausforderungen einer modernen Wirtschaftspolitik zu richten:

■ **Qualifikation und Bildung** – Unser Schlüsselthema. Wir müssen in Niedersachsen mehr Fachkräfte ausbilden und ihnen die Kreativität vermitteln, aus Wissen Innovation und technischen Fortschritt werden zu lassen. Erst ein effizientes und differenziertes Bildungssystem, Schulbildung und Ausbildung sowie aktive Weiterbildung ermöglichen den stetigen Transfer und die Verbreiterung von Wissen in der Arbeitswelt der wissensbasierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. *Was muss das Land im globalen Wettstreit um die klügsten Köpfe tun? Wie reagieren wir auf den Fachkräftemangel in Niedersachsen?*

■ **Gute Arbeit** – Der Arbeitsmarkt ist heute tief gespalten: Auf der einen Seite werden qualifizierte Arbeitskräfte stark umworben, auf der anderen Seite gibt es eine zunehmende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen durch Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse. *Gute Arbeit und wirtschaftlicher Erfolg – Gegensätze in Zeiten des globalen Wettbewerbs?*

■ **Moderne Industriepolitik** – Die gesamte Wertschöpfungskette industrieller und gewerblicher Produktion in Niedersachsen muss gehalten werden! Sie muss aber durch technologische Innovation, arbeitspolitische Gestaltung und ökologische Modernisierung fit für die Zukunft gemacht werden. Intelligentes und nachhaltiges Wachstum sind zwei Seiten derselben Medaille. *Wie können wir zu einer besseren Innovationsförderung kommen? Wie kann die Landespolitik die Vernetzung von Hochschulen und Unternehmen fördern?*

■ **Leitmärkte der Zukunft** – Niedersachsens Stärken ausbauen. In einer Reihe von Leitmärkten – Mobilitätswirtschaft, Maritime Wirtschaft, Energie, Soziale Gesundheitswirtschaft, Ernährungswirtschaft – verfügt die niedersächsische Wirtschaft über große Potenziale. Vielfach bieten diese Zukunftsfelder der Privatwirtschaft noch keine ausreichenden Anreize und bedürfen daher der öffentlichen Unterstützung, um auf Wachstumskurs gebracht zu werden. *Brauchen*

wir einen Infrastrukturpakt für Niedersachsen? Welche Anforderungen gibt es in Zeiten knapper Kassen an eine erfolgreiche Infrastrukturpolitik?

■ **Zukunftsdialog:** Der sozialdemokratische Weg. Ein zeitgemäßer und den Herausforderungen angemessener Regierungsstil zeichnet sich aus durch ein Staatsverständnis auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern, durch ein kooperatives Verhältnis zu Gewerkschaften und Arbeitgebern und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft, durch transparente und bürgernahe Verwaltung sowie eine solide und nachhaltige Finanzpolitik. *Welche Rolle hat das Land in der Wirtschaftspolitik? Akteur oder Moderator? Welche Instrumente und Formen von Bürgerbeteiligung müssen wir etablieren oder ausbauen, um Akzeptanz sicherzustellen?*

Diskussion und Anregungen unter:
www.spmlink.de/wirtschaft

MARTIN SCHWANHOLZ FOLGT HOLGER ORTEL IN DEN EUROPARAT



Holger Ortel (links) im Gespräch mit seinem Nachfolger Dr. Martin Schwanholz.

Der Deutsche Bundestag hat den SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Martin Schwanholz in die Parlamentarische Versammlung des Europarates gewählt. Damit verstärkt der Osnabrücker zukünftig die 36-köpfige deutsche Delegation. »Ich freue mich sehr über diese Wahl und das Vertrauen meiner Kolleginnen und Kollegen in meine europapolitische Arbeit«, kommentierte Dr. Schwanholz.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und

Europa-Experte Martin Schwanholz folgt damit Holger Ortel nach. Der Abgeordnete für den Wahlkreis Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land und langjährige Vorsitzende der SPD-Landesgruppe Niedersachsen-Bremen hatte sein Amt zum Jahreswechsel zur Verfügung gestellt. Vor kurzem war die SPD-Bundestagsfraktion Ortels Vorschlag gefolgt und hatte Schwanholz als seinen Nachfolger nominiert. Der Osnabrücker dankte sei-

nem Vorgänger für seine langjährige Tätigkeit im Europarat. »Meine Arbeit in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ergänzt sich sehr gut mit meinem langjährigen europapolitischen Engagement im Deutschen Bundestag«, so Schwanholz.

Der 1949 gegründete Europarat hat 47 Mitgliedstaaten. Seiner Parlamentarischen Versammlung gehören 318 Mitglieder und 318 Stellvertretende Mitglieder aus 47 Ländern an, die jeweils von ihren nationalen Parlamenten entsandt werden.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat ihren Sitz in Straßburg. Unabhängig von der Europäischen Union dient diese Einrichtung der Stärkung pluralistischer Demokratie, dem Schutz der Menschenrechte und der Förderung der kulturellen europäischen Identität. Insbesondere befasst sie sich mit der Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention, dem Schutz von nationalen Minderheiten und der Sicherstellung demokratischer Wahlprinzipien. Die Bundesrepublik Deutschland trat dem Europarat 1951 bei.

»Ich freue mich auf die neue Herausforderung und einen interessanten Austausch mit meinen europäischen Kolleginnen und Kollegen«, sagt Dr. Schwanholz. ■

USCHI HELMERS KÄMPFT GEGEN DEN GRÖSSTEN SCHLACHTHOF EUROPAS



Uschi Helmers bei einer Großdemonstration in Berlin gegen die Megaställe, in denen mehr als 40.000 Hühner unter qualvollen Bedingungen aufwachsen.

Zu den engagiertesten Naturschützern unter den niedersächsischen SPD-Mitgliedern gehört Uschi Helmers aus dem Aller-Leine-Tal. Zusammen mit ihrem Mann Gerd gehört sie dem Vorstand der Bürger-Initiative Wietze an, die gegen den

größten Geflügelschlachthof Europas in Wietze (Landkreis Celle) kämpft. Trotz des Protests aller im Landtag vertretenen Parteien, die die Opposition gegen die schwarz-gelbe Landesregierung bilden, wurde der Bau vom Land mit 6,5 Millionen Euro subventioniert.

Uschi Helmers und den Mitgliedern der Bürgerinitiative geht es in ihrem Engagement um den Erhalt des Aller-Leine-Tals. Unterstützung erhält sie von vielen anderen Bürger-Initiativen, die sich überall dort gebildet haben, wo Mega-Ställe zur Hühnerzucht geplant sind oder schon gebaut wurden. 40.000 bis 80.000 Tiere haben in diesen Ställen eine kurze Lebenserwartung: Vom Küken bis zur Schlachtreife vergehen nur 30 bis 35 Tage. Rund 20 bis 25 Tiere leben in diesem Zeitraum zusammengepfercht auf nur einem Quadratmeter. »Ohne natürliches Licht und ohne frische Luft«, empört sich Uschi Helmers.

Mehr als 400 dieser Ställe sollen im

Umkreis von 100 Kilometern rund um Wietze entstehen, damit die Schlachtanlage mehr als 400.000 Tiere täglich zu Fleischprodukten verarbeiten kann. Von diesen Ställen profitiert nur die Agrarindustrie. Sie schaffen kaum Arbeitsplätze, da alles fast vollautomatisch abläuft. Pro Stall entsteht weniger als ein Arbeitsplatz. Die Rendite für die Landwirte, die mehr als 500.000 Euro investieren müssen, ist gering. Bei einem Stall für 40.000 Tiere bleiben, wenn alles für den Betreiber gut läuft, gerade 15.000 Euro pro Jahr übrig.

Schlimm sind die Konsequenzen für die Bewohner in der Nähe: Feinstäube, Krankheitskeime und übele Gerüche, die sich im Umkreis vieler Kilometer verteilen. Uschi Helmers: »Für betroffene Hauseigentümer ist dies eine Teileignung durch die Minderung des Immobilienwerts. Und für viele Tausend Menschen ein massiver Verlust an Lebens- und Wohnqualität.« ■

Weitere Infos: www.bi-wietze.de

LICHTERKETTE DURCHS BRAUNSCHWEIGER LAND

Am 11.3.2012 Gedenken an die Fukushima-Katastrophe.

Von Burkhard Zühlke



Foto: Shutterstock

Ein Jahr nach der Fukushima-Katastrophe soll es am 11. März 2012 Punkt 19 Uhr wieder eine Lichterkette quer durch die Region geben, die – wie schon 2009 – Atom-müll-Brennpunkte im Braunschweiger Land verbindet.

»Ein Jahr nach Fukushima laufen immer noch Atomanlagen und mit der Rückholung aus der ASSE II ist nicht begonnen worden«, kritisiert Heike Wiegel, stellvertretende Vorsitzende des Unterbezirks Wolfenbüttel. »Wir akzeptieren kein ›Restrisiko‹, keine ›Niedrigstrahlung‹ und keine Flutung des Atommülls. Stoppt endlich den verantwortungslosen Umgang mit dem Atom-

müll durch die zuständigen Behörden und Ministerien!«

Mit einer 77 km langen Menschenkette von Braunschweig/ Thune über die ASSE II und Schacht KONRAD soll ein unübersehbares Zeichen gesetzt werden. Am 11. März soll ab Punkt 19:00 Uhr die Kette stehen und zum Leuchten gebracht werden! Fackeln sollten an allen Infopunkten zum Preis von zwei Euro pro Stück vorrätig sein.

Pro Tag laufen 12 Kubikmeter Lauge in den Schacht der Asse, er droht jederzeit abzusaufen. Den Fachleuten ist klar, in Asse II wird der Atommüll (12 kg Plutonium, 87 t Thorium, 102 t Uran ...) nicht

trocken und auch nicht gebunden gelagert.

Bereits innerhalb der ersten 100 Jahre werden Radionuklide in Lösung gehen und durch den Druck des Berges bis in die Biosphäre gepresst. Belastungen von Grundwasser und der Nahrungskette werden erwartet. Es wird lediglich versucht, die radioaktiven Belastungen unterhalb der Grenzwerte zu halten.

Die SPD in der Region, die Samtgemeinden Asse und Schöppenstedt und der Landkreis Wolfenbüttel fordern deshalb eine dauerhafte Umgebungsüberwachung mit Früherkennung. Hierzu müssten schleunigst die Vorarbeiten geleistet werden.

Alle zurzeit vorgesehenen Atommüll-Endlagerstandorte haben eines gemeinsam: es erfolgte keine objektive Standort-suche, um das sicherste Atommüll-Endlager zu finden. Bei Asse II erfolgte noch nicht einmal ein Vergleich der verschiedenen Möglichkeiten der Verfüllung, um den atomaren Abfall trocken zu lagern. Auch wurde nie bewertet, wo der Atommüll aus Asse II am sichersten für die Menschen auf Dauer liegt. »Dies schleunigst nachzuholen, nämlich einen Optionsvergleich aller Möglichkeiten des Umgangs mit dem atomaren Abfall im Schacht Asse II ist unsere weitere Forderung,« erklärt Heike Wiegel.

Die Zeit drängt, es ist für Asse II kurz vor Toresschluss, um eine gewissenhafte Untersuchung der besten Möglichkeiten zur sicheren, trockenen und gebundenen Atommüll-Endlagerung durchzuführen.

Nähere Infos: www.lichterkette2012.de ■



Heike Wiegel, stv. Unterbezirksvorsitzende Wolfenbüttel und Leiterin des Arbeitskreises Umwelt.

ANZEIGE

NEUE MATERIALIEN

AB SOFORT sind über die Printbox individualisierte **Veranstaltungs-Plakate in DIN A1 und DIN A3 quer** sowie **DIN-Lang-Einladungskarten** zu beziehen.



EINLADUNGSKARTEN
DIN-Lang

PLAKATE
PREISBEISPIEL:
100 Plakate DIN A1,
191,48 Euro inkl. Fracht
und Verpackung zzgl 19% MwSt.



printbox®

Zu bestellen unter: <http://shop.spdnds.de>

Für Rückfragen steht euch Birgit Morad im Landesverband Niedersachsen, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover, birgit.morad@spd.de zur Verfügung.

AUSSERDEM ERHÄLTlich:



SPENDENMARKEN
im Wert von
5,00 und 10,00 Euro



WAHLURNE
3,50 Euro

RÜCKFRAGEN UND BESTELLUNGEN BEI
birgit.morad@spd.de

Impressum

Herausgeber:
SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Michael Rüter
Redaktion: Remmer Hein,
Christoph Matterede,
Lothar Pollähne,
Sebastian Schumacher
Titelfoto Stephan Weil:
Dominik Butzmann
Anschrift: Odeonstraße 15/16,
30159 Hannover
E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

ACTA UNTER DER LUPE

Interview mit Bernd Lange zum umstrittenen Handelsabkommen

ZUR PERSON

Seit dem 1. Februar 2012 ist Bernd Lange handelspolitischer Sprecher der europäischen Sozialdemokraten. In seiner neuen Funktion vertritt Bernd Lange die Sozialdemokraten in allen Fragen des internationalen Handels mit Waren und Dienstleistungen, von Direktinvestitionen und in Fragen des geistigen Eigentums. Fairer Handel, Verbesserung der Menschenrechtslage, der Arbeits- und Sozialstandards und Umweltbedingungen, Kampf gegen Produktfälschungen, Datenschutz und Stärkung der Arbeitsplätze in der europäischen Industrie sind einige der wichtigen Themen. Er stimmt die Positionen innerhalb der eigenen Fraktion ab, vertritt diese Interessen gegenüber den anderen Parteien im Europäischen Parlament und verhandelt mit der EU-Kommission sowie dem EU-Ministerrat. Seitdem Ende 2009 der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, ist das Europäische Parlament im Bereich »Internationaler Handel« zum Gesetzgeber geworden und entscheidet mit über Verträge, die Europa mit anderen Staaten abschließt. ■



Bernd Lange MdEP

Vorwärts: Tausende Menschen sind in Niedersachsen auf die Straße gegangen, es gibt heftige Kritik im Netz. Wie stehst du – als der für die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament Zuständige – zu dem ACTA-Abkommen?

Bernd Lange: Sehr kritisch. Man muss die Sorgen der Menschen ernst nehmen. Ich verstehe, warum die Bürger über den Text in seiner derzeitigen Form besorgt sind. Sie befürchten eine Einschränkung ihrer Grundrechte. Ich bin überzeugt, dass es von Anfang an ein Fehler war, den Kampf gegen gefälschte Produkte und die Durchsetzung von Urheberrechten im digitalen Bereich in ein und dasselbe Abkommen zu packen und die gleichen Mittel zur Regulierung anwenden zu wollen.

Vorwärts: Ist das der zentrale Kritikpunkt?

Bernd Lange: Ja, aber man muss auch die mangelnde Transparenz kritisieren. Bei ACTA haben die Verhandlungspartner auf Geheimhaltung der Verhandlungen bestanden. Das ist skandalös! Nur durch massiven Druck des Europäischen Parlaments sah sich die EU-Kommission zu mehr Offenheit genötigt. Offenheit und Transparenz müssen auch in internationalen Verhandlungen gelten.

Vorwärts: Wie sieht es denn mit der Produktpiraterie aus?

Bernd Lange: Der Kampf gegen Produktpiraterie ist im Interesse von Jobs und der Innovationsfähigkeit in Europa

notwendig. Außerdem führt Produktfälschung zu erheblichen Risiken etwa durch gefälschte und unsichere Bremscheiben, Kinderspielzeug oder gefälschte Medikamente. Gefälschte Produkte werden häufig unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen hergestellt. Hier müssen wir mehr tun. 2010 sind an den EU-Außengrenzen mehr als 103 Millionen schutzrechtsverletzende Waren im Wert von über 1 Milliarde Euro gefunden worden. Die Dunkelziffer ist noch weit größer.

Vorwärts: Und wo liegen die Probleme für den digitalen Bereich?

Bernd Lange: Man könnte den Text des Abkommens so interpretieren, dass ein Online-Diensteanbieter verpflichtet wird oder sich auch nur verpflichtet fühlt, Rechtsverletzungen zu überprüfen und einem Rechteinhaber unverzüglich die nötigen Informationen zur Identifizierung eines Nutzers offenzulegen. Also würde ein Internet-Service-Provider in die Rolle eines Hilfspolizisten kommen. Ein Internet-Service-Provider sollte Inhalte transportieren und nicht bewerten. Die IP-Adresse eines Nutzers ist außerdem Teil seiner personenbezogenen Daten und muss daher geschützt und anonym bleiben. Internetanbieter sollen und dürfen nicht zur Internet-Polizei werden, die die Inhalte des Internets im Interesse mächtiger Konzerne kontrollieren und zensieren.

Vorwärts: Wie geht es jetzt weiter?

Bernd Lange: Das Abkommen liegt nun seit wenigen Wochen beim Europäischen Parlament und wir nehmen es nun unter die Lupe. Zentral ist für uns, dass ACTA bestehendes EU-Recht nicht verletzt oder darüber hinausgeht. Grundrechte und europäische Standards der Freizügigkeit und des Datenschutzes müssen auch in Zukunft ungetastet bleiben. Zudem muss das Recht auf informationelle Selbstbestimmung garantiert werden. Und es darf keinen Interpretationsspielraum geben, durch den diese geltenden Werte unterlaufen werden könnten. Wenn wir ablehnen, dann wäre ACTA endgültig vom Tisch und es müsste neu verhandelt werden. Es wäre nicht das erste Mal, dass das Parlament einen internationalen Vertrag ablehnt: Es hat bereits das SWIFT-Abkommen (Weitergabe vertraulicher EU-Finanzdaten an US-Behörden) und das Fischereiabkommen mit Marokko gestoppt.

Vorwärts: Welche Fehler gilt es bei einem neuen Abkommen zu vermeiden?

Bernd Lange: Reale Produkte und der Online-Bereich müssten unabhängig voneinander durch neue Abkommen geregelt werden. Es zeigt sich deutlich, dass wir eine andere Form der Befriedigung der legitimen Interessen von Rech-

WAS IST ACTA?

Das Handelsabkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (Anti-Counterfeiting Trade Agreement; kurz: ACTA) ist ein zwischenstaatlicher Vertrag zwischen der EU und den USA, Australien, Kanada, Japan, Mexiko, Marokko, Neuseeland, Singapur, Südkorea sowie der Schweiz. Das ACTA-Abkommen soll geistiges Eigentum, Produkte und Online-Inhalte besser schützen und Rechte besser durchsetzen.

teinhabern im digitalen Bereich brauchen, etwa eine Nutzungsflatrate oder eine gerätebezogene Abgabe analog dem Verwertungsentgelt beim Kauf eines Kopierers. Illegale Inhalte können zudem aufgrund strafrechtlicher Ermittlungen innerhalb weniger Stunden weltweit gelöscht werden.

Vorwärts: Was sagst du zum Verhalten der Bundesregierung?

Bernd Lange: Die Bundesregierung will nun die Suppe nicht auslöffeln, die sie sich selber eingebrockt hat. Die Bundesregierung gehörte zu den großen Befürwortern und Motoren des Abkommens und bekommt nun angesichts der wachsenden Proteste kalte Füße. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger will die Entscheidung über das ACTA-Abkommen vertagen und zunächst eine Entscheidung des Europäischen Parlaments abwarten. Wenn das nun allerdings die generelle Haltung gegenüber dem Europäischen Parlament ist, begrüße ich das sehr, denn erst entscheidet das Europäische Parlament. ■

Umfassende Informationen zu ACTA und dem aktuellen Verhandlungsstand unter:
www.bernd-lange.de



Alle zwei Wochen Aktuelles im Newsletter »Europa-Info«. **HIER ANMELDEN:**
www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info

vorwärts KULTURGUT

LINSENGERICHTE

Kaum jemandem ist in der Geschichte des Abendlandes so viel Unrecht widerfahren wie Esau. Das meint nicht nur die leichtfertige Dreingabe des Erstgeburtsrechts, sondern die damit verbundene Klassifizierung einer Speise, der bis heute völlig zu Unrecht das Stigma der Minderwertigkeit anhaftet: dem Linsengericht. Kulinarisch kulturell betrachtet gehört die Linse zu den ältesten Nahrungsmitteln der Menschheit. Im Gebiet des »Fruchtbaren Halbmondes«, das von der Levante über das Zweistromland bis in den westlichen Iran reicht, ist die Linse seit mehr als 8.000 Jahren heimisch. Gepaart mit Getreide waren Linsen das Überlebensmittel schlechthin.

Dass Linsengerichte bis heute vor allem als sämige, braune, süßlich-saure Pampfen bekannt sind, haben die Prinzessinnen der Hülsenfrüchte nicht verdient, denn kaum ein Nahrungsmittel lässt sich so vielfältig mit anderen Zutaten kombinieren wie die Linse. Es war also an der Zeit, dass ihr endlich ein

Küchenkünstler die gebührende kulinarische Ehre erweist. Achim Schwekendiek heißt der Mann, der als Sternekoch in den altehrwürdigen Mauern des Schlosses Münchhausen tätig ist. Schwekendiek beehrt bei seinem kulinarischen Diskurs alle wesentlichen Regionen der Linsenliebhaberei von Indien über den Mittleren Osten bis in den Mittelmeerraum. Auch die deutschen Lande kommen nicht zu kurz.

Über 70 ausgeklügelte Linsengerichte hat Achim Schwekendiek, vortrefflich von Barbara Lutterbeck ins Bild gesetzt, in einer Rezepte-Sammlung zusammengetragen, die er nicht ganz unbescheiden »Das Kochbuch« nennt. Zu Recht, wie es nicht nur der linsenkundige Rezensent einschätzt. Eine kulinarisch hochwertige Variante der klassischen deutschen Linsensuppe hat er ebenso in sein Kompendium aufgenommen wie etliche linsenbehaftete Desserts. Auch Esau lässt der Meister späte Gerechtigkeit widerfahren mit einer Variante des Tauschobjektes,



das als »Basmatireis mit Linsen und Zimt« endlich die angemessene Beachtung erfährt. ■ *Lopo*

Achim Schwekendiek, Barbara Lutterbeck, Linsen – Das Kochbuch, edition styria, 2011, 160 S., 24,99 Euro

VORWÄRTS
RÄTSEL

Lange vor J.D.Salinger hat Jules Verne 1888 in seinem Roman »Zwei Jahre Ferien« Kinder auf einer einsamen Insel stranden lassen. Eine Hauptperson zeichnet sich, kaum verschlüsselt, durch Intelligenz und Wagemut aus. Das Romanvorbild besucht zu dieser Zeit, versehen mit einem Begabtenstipendium, das Lycée in seiner Geburtsstadt Nantes. Seines labilen Gesundheitszustandes wegen nennen ihn seine Freunde »Trompe la mort«. Er ist der Kerl, der den Tod betrügt. Das wird er bis zum Ende seines Lebens tun. 1883 geht er nach Paris und studiert Jura an der Sorbonne. Wenig später wird er Redakteur der linksbürgerlichen Wochenzeitung »La Démocratie de l'Ouest«. Nach mehreren vergeblichen Anläufen wird er 1902 als Kandidat der PSDF für St. Etienne in das französische Parlament gewählt. Von da an ist seine Karriere nicht mehr aufzuhalten. 1908 wird er Justizminister, ein Jahr später bereits Premierminister. Auch als Justiz- und Außenminister macht er auf sich aufmerksam. Während des Ersten Weltkrieges fungiert er als Kriegsminister; danach wandelt er sich zum Friedenskämpfer und Vordenker einer politischen Europäischen Union, deren Grundlage die Überwindung der so genannten Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich sein sollte. Der Chefarchitekt der Verträge von Locarno und Planer eines nach ihm benannten Gewaltverzichtsvertrages erhält 1926 den Friedensnobelpreis. Wie heißt der große französische Sozialist? Zu gewinnen gibt es eine Denkschrift. ■ *lopo*

Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

Im Februar war Theodor Lessing gesucht. Gewonnen hat Kristin Schoor aus Hannover

POLITIK DER GERECHTIGKEIT IN ZEITEN DER FINANZKRISE

Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach sprach auf einer Veranstaltung des AK Christinnen und Christen in Niedersachsen



Das Foto zeigt Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach (rechts) zusammen mit Gabriele Lösekrug-Möller MdB und Claus Peter Poppe MdL, kirchenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Foto: Strang

»Ungerechtigkeit ist nicht nur gefühlt, sie ist auch statistisch erwiesen.« Mit diesen Worten führte Professor Dr. Friedhelm Hengsbach in seinen Vortrag ein. Zuvor hatte Benno Haunhorst vom Leitungskreis des Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD Niedersachsen den Referenten als bekannten deutschen Jesuiten und Sozialethiker vorgestellt, der u. a. als Professor an der Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt a. M. gelehrt hatte.

Schon ein Blick in die Vermögensverteilung zeige die allgegenwärtige Ungerechtigkeit überdeutlich, erklärte Hengsbach. Die Bankenrettung habe vor allem die Gläubiger geschont und die Schulden der Allgemeinheit aufgebürdet. Neben den Finanzmärkten seien auch die Rohstoffmärkte in die spekulative Flut hineingezogen worden. Vor diesem Hintergrund sei völlig aus dem Blickfeld verschwunden, sich mit Problemen sozialer Gerechtigkeit zu befassen. Die Arbeitsverhältnisse polarisierten zwischen Kernbelegschaften und den Arbeitnehmern, die sich in Teilzeit, Befristung, Leiharbeit und Scheinselbstständigkeit befänden. Viele Berufstätige lebten unmittelbar an der Armutsgrenze. Immer stärker würden die Einzelnen zur Verantwortung herangezogen und bislang gesamtgesellschaftliche getragene Risiken individualisiert. »Du hättest mal gesünder leben sollen,« werde dem Arbeitnehmer vorgehalten, der wegen Krankheit vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden müsse. »Ein besonderes gesellschaftliches Risiko ist zudem die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht.«

Einkommenshöhe richte sich danach, wie sehr sich der Einzelne einsetze und gemäß dieser Logik sei Gerechtigkeit aktuell dadurch definiert, dass die Beschäftigten entsprechend ihrer Leistungsbereitschaft entlohnt werden. Wirkliche Gerechtigkeit sei jedoch nicht kurzfristig, sondern nur als »langer Schatten der Zukunft« zu begreifen. Um diesem Ziel näher zu kommen, sei eine Entschleunigung zwingend erforderlich. Diese Forderung richte sich unbedingt auch an die Finanzmärkte. Die Finanztransaktionssteuer sei ein solcher Versuch, diese Entschleunigung durchzusetzen. Nicht länger dürfe es bei der Privilegierung der steuerlichen Belastung von Minijobs bleiben, forderte Hengsbach. Der Tarifautonomie sei wieder ihre Bedeutung zurückzugeben, die sie bis zu den siebziger und achtziger Jahren besessen habe. Öffentliche und private Arbeitsverhältnisse müssten gleich behandelt werden, Wertschöpfung umweltverträglich stattfinden. Es gelte, den Wohlstand zu mehren und darüber die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen nicht zu zerstören. Die Sicherung von Arbeitsplätzen dürfe nicht auf Kosten der Sicherung der Umwelt passieren. Im Übrigen entspreche es den christlichen Wertvorstellungen, dass die Welt allen Menschen ein menschenwürdiges Dasein biete.

»Ich habe seit langem nicht mehr einen so globalen und umfassenden Vortrag erlebt,« erklärte Gabriele Lösekrug-Möller, Sprecherin des Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD Nie-

dersachsen. Alle entscheidenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekte seien angesprochen mit Blick auf die entscheidende Frage: »Ist das, was wir machen, enkeltauglich?« Hengsbachs Ausführungen seien eine eindringliche Warnung gewesen, in Politik und Wirtschaft in kurzen Dimensionen wie Wahlperioden zu denken. »Nur wenn wir uns von einer solchen Kurzatmigkeit freimachen, können wir kluge Entscheidungen treffen, die dem langen Schatten der Zukunft gerecht werden.« Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der internationale Umgang damit seien hier als trauriges Negativ-Beispiel zu sehen.

Am Schluss der Veranstaltung lud Monika Griefahn zur nächsten Veranstaltung des Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD Niedersachsen ein. Diese wird am 7. Mai 2012 um 18.00 Uhr in Lüneburg stattfinden. Auf dieser Veranstaltung werden Prof. Dr. Andreas Lienkamp von der Universität Osnabrück und der Bundestagsabgeordnete Dr. Matthias Miersch sprechen und diskutieren. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie eine Politik der Nachhaltigkeit aussehen kann, die fair gleichermaßen mit den entwickelten wie den aufstrebenden Staaten umgeht. Schon heute sind alle Interessierten herzlich zu dieser öffentlichen Veranstaltung eingeladen. ■

WEITERE THESEN VON PROF. DR. HENGSBACH IM INTERNET:

Vortrag unter dem Titel »Schöner als im Morgenstern – Gerechtigkeit im grünen Horizont« vom 16.1.2012 in Hildesheim
www.sankt-georgen.de/nbi/publikationen/kommentare/2012/schoener-als-im-morgenstern/

Interview: »Das Geld ist schlecht verteilt«
www.caritas-nrw.de/wai/showcontent.asp?ThemaID=602

Interview zum Thema: »Finanzkrise – aus Fehlern lernen«
www.ifb.de/wirtschaftsausschuss/fachartikel/do/detail/shortlink/aus-fehlern-lernen.html

Interview mit Friedhelm Hengsbach: »Abschied von der Solidarität in Europa«
www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt/interview-mit-friedhelm-hengsbach-abschied-von-der-solidaritaet-in-europa.c26c27b-4f66-4bef-9ff7-639ff415c81e.html